

Dieser Text bezieht sich auf bereits zuvor auf KlimaX und in anderen Publikationen erschienenen Debattenbeiträge zur Frage, ob und in welcher Form eine Organisation der Klimagerechtigkeitsbewegung erfolgen sollte. Die Texte sind am Ende aufgelistet.

Wie und wofür wollen wir leben? Ein Weiter-so ist Utopie. Unsere „soziale“ Marktwirtschaft produziert die Klimakrise anstatt sie abzuwenden.

Trotz - oder besser aufgrund - der gegenwärtigen krisenhaften Entwicklungen besteht aus unserer Sicht aktuell ein historisches Zeitfenster zu transformatorischer Veränderung. Die einzige Legitimation des Herrschaftssystems, nämlich das Versprechen auf Wohlstand für alle, ist ins Wanken geraten. Das ist keine moralische Bewertung oder Verurteilung. Jedes Herrschaftssystem legitimiert sich dadurch, dass für die Beherrschten in gewissem Umfang Wohlstand und soziale Teilhabe ermöglicht wird. Deren Gegenleistung besteht wiederum darin, dass sie sich in dieses System einfügen, Gewinne für die Besitzenden ermöglichen und akzeptieren, von denen wiederum dieses Wohlstandsversprechen miterfüllt wird. Diese Systemleistung wird jedoch immer weniger erbracht bzw. ist unter den herrschenden Bedingungen nur noch unter Aufwendung immer größerer Anstrengungen erreichbar, welche wiederum in der Folge den Menschen selbst aufgebürdet werden. Bisherige Formen der Repräsentation und des Korporatismus, die den Herrschaftskompromiss ausgehandelt haben, greifen nicht mehr.

Die eskalierende Klimakrise zwingt uns zudem zur Veränderung. Die Klimakrise als eine Form der Müllkrise ist nur eine von vielen zerstörerischen Entwicklungen, die sich auf eine wachstums- und damit konkurrenz-basierte Wirtschaftsweise zurückführen lassen, die zwangsläufig eine verschwenderische und ab einem bestimmten Ausmaß die Grenzen der planetaren Ressourcen sprengende Lebensweise heraufbeschwört. Wir sind an einem Punkt, wo dies nicht mehr möglich ist, ohne unsere Lebensgrundlage zu gefährden.

Die Mehrheit der Menschen trauen Parteien die Wende nicht mehr zu. Wir brauchen eine ökosoziale Alternative, die keine Partei im herkömmlichen Sinne ist

Diese Zwänge erfordern so grundlegende Veränderungen, dass diese nicht durch einzelne Parteien getragen werden können. Warum nicht? Parteien bilden lediglich einzelne, mehr oder weniger geschlossene Auswahlmöglichkeiten auf einer oberflächlichen Ebene gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung. Sie sind in einem konkurrierenden „Angebotssystem“ strukturell gezwungen, sich immer wieder gegeneinander aufzustellen um über Wahlen Entscheidungskompetenzen zugeteilt zu bekommen. So ist keine in die Zukunft orientierte, grundlegende Veränderung möglich. Wir können also uns auf Parteien nicht verlassen. Das repräsentative System war eine fortschrittliche Idee zu einer Zeit, als es noch keine Repräsentation, dafür aber Entwicklungsräume für unterschiedliche politische Konzepte gab. In seiner bisherigen Form versagt es jedoch angesichts der kulminierenden systemisch bedingten Krisen.

Die Bewältigung insbesondere der ökologischen Krisen lässt kaum Spielraum für die gewohnten Aushandlungsprozesse auf dem Boden ideologischer Sichtweisen. Ideologisch motivierte Kampagnen gegen notwendige und sinnvolle Maßnahmen sind nicht nur Unwissen oder Unvernunft geschuldet, sondern auch Folge der Grundstrukturiertheit des Konkurrenzsystems der Parteien, die als Vertreter von oftmals lobbyistisch durchgesetzten Partikularinteressen gegeneinander antreten. Die Destruktivität einer Politik der Konkurrenz, Dominanz und Konfrontation zeigt sich momentan deshalb so offensichtlich wie nie zuvor, weil die Krise so gewaltig ist und weil wir mit den Grünen in gewissen Sinne daran beteiligt sind (und nicht zuletzt natürlich wegen der FDP, nie zu vergessen). Dieser derzeit so breit wahrgenommene Zweifel an Parteien und ihren Funktionsweisen an sich eröffnet die Gelegenheit, bisherige Denkschemata in Frage zu stellen.

Auch wir träumen vom System Change – aber in Sicht ist er nicht. Für Veränderung braucht es das Parlament (und somit einen parlamentarischen Flügel der Klimagerechtigkeitsbewegung...)

Gesellschaftliche Organisation und Zielvorstellungen müssen aber nicht nur neu gedacht, sondern auch umgesetzt werden. Die Auswahlmöglichkeiten verengen sich dabei immer mehr in Richtung autoritärer Konzepte (durchaus auch im Sinne eines Ökofaschismus) auf der einen Seite und einer Verlagerung politischer

Entscheidungen auf die Ebene der Beherrschten. Das Wirtschaftssystem einschließlich der mit ihm zusammenhängenden Besitzverhältnisse ist dabei ein, vermutlich DER Schlüsselbereich der gesellschaftlichen Interaktion, da es die Voraussetzungen und damit die Umsetzbarkeit notwendiger Maßnahmen bestimmt. Vor allem hier muss Veränderung erfolgen.

Eine wirklich systemische Transformation der Gesellschaft bedeutet zunächst, dass diejenigen verlieren, die vom bisherigen System profitiert haben und wird daher nicht ohne Gegenwehr erfolgen. Im Gegenteil, die Gegenwehr erfolgt bereits strategisch geplant seit Jahrzehnten. Sicher ist, dass eine Transformation des Systems nicht von den Strukturen ausgehen wird, welche das System tragen. Transformation muss innerhalb der Gesellschaft erfolgen, muss aber dabei auch auf politischer Ebene geschützt und unterstützt werden gegen die herrschenden fossilen Strukturen, die zwangsläufig daran interessiert sind, diese zu verhindern. Es ist nicht zielführend, an die herrschenden Strukturen zu appellieren, die Herrschaftsstrukturen zu ändern.

Demokratisierung heißt: die Verantwortung liegt bei uns – wir übernehmen. Wenn ich will, dass sich Menschen verantwortungsvoll verhalten, muss ich ihnen Verantwortung übertragen

WER soll nun aber derart weitreichenden Entscheidungen treffen? Darauf, dass unsere Parteien in seiner bisherigen Form rundheraus abgelehnt werden, bietet der rechte parlamentarische Flügel autoritäre Lösungen an. Wir glauben hingegen, dass das Verhältnis der Menschen zur Politik auf dem gegenteiligen Weg zu verändern ist. Historisch folgten mehr oder weniger deutliche Transformationen (fast) immer dem katastrophalen Zusammenbruch durch meist Krieg bzw. Eroberung oder in der Folge von Naturkatastrophen. Vorausgesetzt, dass wir ein solches nicht mehr unwahrscheinliches Szenario nicht abwarten wollen, kann die Konsequenz nur eine umfassende Demokratisierung und Beteiligung der Beherrschten und deren politische Emanzipation sein. Eine solche Verlagerung von Entscheidungskompetenz durch Demokratisierung ist nicht nur erforderlich als ein überfälliger Entwicklungsschritt, um zu mehr Verantwortungsübernahme durch die Menschen für ihre eigenen Zukunft zu gelangen. Sie ist auch dringend erforderlich, um auf politischer Ebene für mehr Legitimation und langfristige Akzeptanz, Sachlichkeit sowie im Bereich der Versorgungssysteme für eine gerechte Ressourcenverteilung zu sorgen.

Umfassende Information über die bestehenden Verhältnisse und Handlungsoptionen sind Basis jeder sinnvollen Entscheidung. Die Transparenz der Entscheidungsprozesse in der Politik und der konsequente Abbau lobbyistischer Strukturen ist dafür eine Grundvoraussetzung. Bürger*innenräte sind in dieser Hinsicht derzeit die sachlichste und transparenteste Form zur Ausarbeitung grundlegender politischer Richtungsentscheidungen und dafür notwendig einzuleitender Maßnahmen. Das Problem ist jedoch regelmäßig, dass kein Mechanismus zur Übertragung der von ihnen entwickelten Vorschläge in konkrete politische Maßnahmen existiert. Die Parteien sind an der Schaffung eines solchen Mechanismus nachvollziehbar nicht interessiert, da er für sie mit einem Bedeutungsverlust einhergehen würde.

Demokratische Selbstermächtigung 1989/90 – die Zeit der Runden Tische am Ende der DDR

Wie kann ein solcher Mechanismus trotzdem geschaffen werden? Hierfür muss die Herangehensweise an das parlamentarische System geändert werden, die Sphäre der Politik und der Bürger*innen müssen zusammengebracht werden. Die 1989/90 begonnene und wieder abgebrochene demokratische Selbstermächtigung muss wiederaufgenommen und fortgesetzt werden. Für eine kurze Zeitspanne eines politischen Machtvakuum konnte damals mittels der Runden Tische Politik unmittelbar durch Bürger*innen gestaltet werden, die in Form von Bewegungen, Organisationen und Parteien zusammentraten. Das Prinzip der Runden Tische bietet sich für ein neues, progressiv und transformatorisch ausgerichtetes Parteimodell an, mit dessen Hilfe Bürger*innen sich unmittelbar oder über ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen einbringen und ihre Vorstellungen selbst abstimmen können. Dafür müssen sich nicht alle Gruppen, Initiativen, Organisationen oder auch Parteien vereinen, sondern sie brauchen eine politische Kooperationsstruktur, mittels der sie an einem Strang ziehen können, für das gemeinsame Ziel der gesellschaftlichen Transformation. Wir nennen sie an dieser Stelle das Kollektiv. Braucht es dafür eine Partei? Ein Kollektivwille unter den Beherrschten entwickelt sich nicht einfach von selbst, sondern muss ausgehend von Protestbewegungen und anderen Widerstandsformen organisiert werden, um selbst handlungsmächtig zu werden, falls dies gewünscht wird. Die formale politische Entscheidungsstruktur ist

das Parlament, für eine Einflussnahme ist eine Parteistruktur gesetzlich vorgeschrieben. Parteien sind darüber hinaus historisch aber auch heute noch die bestimmende Form der Massenorganisation und Schaffung von Handlungsmacht. Sie ermöglichen die Bündelung von Kräften und durch gemeinsame Programmatik und Ziele (nicht Forderungen!) das Zusammenkommen von Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und schließlich eine effektivere Reaktion auf politische Veränderungen durch mehr personelle, materielle und Wissensressourcen.

Eine solche neuartige Parteistruktur müsste folgendes leisten:

Sie muss in Ziel und Struktur eine direktdemokratische Beteiligung für alle Menschen ermöglichen und in der Lage sein, unterschiedliche gesellschaftlichen Gruppen eine gleichberechtigte und eigenständige Repräsentation bieten. Der Bewegungscharakter und Selbständigkeit der beteiligten Organisationen muss dabei erhalten bleiben. Und: Die Bildung manipulativer Eliten und Netzwerke muss verhindert werden.

Es ist also erforderlich, eine Bewegung als Partei zu bilden, die aus den Bewegungen Gleichberechtigung, Offenheit, eine niedrigstmögliche Hierarchie, holokratische Organisation, Sachlichkeit, Verhinderung von Elitenbildung durch Transparenz und Kontrolle mitbringt und diese in einer kollektiven Zusammenarbeit mit den Vorteilen einer Partei, der Bündelung von Kräften und Ressourcen, vereint.

Nicht Macht ist das Ziel, sondern Veränderung.

Die Vorgehensweise muss als Ausweitung des Widerstandes und des politischen Drucks verstanden werden und dabei Teil einer gemeinsamen Strategie sein. Sie kann andere Formen des Aktivismus nicht ersetzen noch macht sie diese überflüssig, im Gegenteil. Eine solche Partei neuen Typs wäre in erster Linie das systemkonforme Vehikel für eine weitergehende Demokratisierung und müsste zwei Aufgaben erfüllen.

Beschlüsse des Kollektivs bzw. perspektivisch von Bürger*innenräten müssen parlamentarisch vertreten und umgesetzt werden. Mindestens werden diese im Parlament zur Abstimmung gestellt, um Klarheit der Positionen zu schaffen. Genauso wichtig ist jedoch auch die Blockade von Entscheidungen, welche gesellschaftliche Transformationsprozesse verhindern sollen (Occupy Parliament). Das Prinzip der Vorgehensweise wurde als Provokation und Radikalität zusammengefasst. An den herrschenden Verhältnissen muss grundlegende Kritik geübt und die eigene Programmatik konsequent verfolgt werden. In Hinblick auf die Bewältigung der Klimakrise und eine systemische Transformation sind Kompromisse nur in Detailfragen möglich. In einem bis in die Ebene der medialen Meinungsbildung hinein strukturell ungerechten System wird es nie eine Mehrheit geben für eine gerechte Welt. Auch die Rolle der parlamentarischen Beteiligung muss daher immer wieder kritisch geprüft werden.

Quellen:

- O. Tiefenbacher: Was wir von Parteien übernehmen sollten, ohne selbst eine zu werden.
<https://klimax.online/2023/03/01/was-wir-von-parteien-uebernehmen-sollten-ohne-selbst-eine-zu-werden/>
- Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik – Kritik & Perspektiven um Organisierung und revolutionäre Praxis. Kollektiv aus Bremen (Bremer Thesen)
<https://kulturkritik.net/politik/bremerthesen/Bremer%20Thesen.pdf>
- C. Kaindl / R. Rilling: Eine neue „gesellschaftliche Partei“? Rosa-Luxemburg-Stiftung 2012
<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/eine-neue-gesellschaftliche-partei/>
- B. Breville / S. Halimi: Trauerspiel in Rot <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5825616>
- L. Balhorn: Wir brauchen Parteien. Aber nicht solche. JACOBIN 13.09.2021
<https://jacobin.de/artikel/wir-brauchen-parteien-loren-balhorn-robert-michels-das-eherne-gesetz-der-oligarchie-spd-mittelschicht-mittelklasse-volksparteien-arbeiterparteien-gustave-le-bon/>
- J. Agnoli: Die Transformation der Demokratie (Konkret Literatur Verlag, 2012)
- Lumii und Fafa: Organisiert Euch! Lernen von unseren internationalistischen Freund*innen weltweit.
<https://klimax.online/2023/05/03/organisiert-euch-lernen-von-unseren-internationalistischen-freundinnen-weltweit/>
- A. U. Sommer: Das Ende der Stellvertretung und die direkte Zukunft der Demokratie (Philosophie Magazin, 08.08.2022) <https://www.philomag.de/artikel/das-ende-der-stellvertretung-und-die-direkte-zukunft-der-demokratie>

- Holocracy Verfassung, Version 5.0 <https://dwarfsandgiants.org/sites/default/files/2022-12/holacracy-5.0-verfassung-ubersetzung-ger-221130-web01pdf.pdf>